

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Jeversches Wochenblatt  
1923**

216 (15.9.1923)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-113775](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-113775)

# Deutsches Wochenblatt

Jeverländische Nachrichten



Abonnementpreis: Die einmonatliche Kleinzeitschrift über den Raum kostet für 1923 1.000 000 M., sonst 1.500 000 M. — Anzeigenpreise am Schluß des Monats: 1.000 000 M. — Druck und Verlag: C. & W. Meißner & Sohn, Jever i. D.

Nummer 216.

Jever i. D., Sonnabend den 15. September 1923.

133. Jahrgang.

## Sagt doch die Wahrheit!

Von Dr. Heinrich Bröcker.  
„Das Robert Stresemann ist der letzte Trumpf, den der Parlamentarismus auszuspielen hat. Wenn auch dieser Trumpf mißlingt, regiert der Volkswortführer.“  
Diese verheißungsvolle Meinung — besser gesagt: und eingehängte Ansicht — ist unangebracht und oberflächlich zum mindesten sehr zweifelhaft. Ohne die Frage zu erörtern, ob das letzte Robert Stresemann oder seine Partei, oder es unter dem Reichstag nicht stehen wird, darf gesagt werden, daß Deutschlands Schicksal weder von der Bürgerlichkeit, noch von der sozialistischen oder kommunistischen Partei abhängt. Parteien sind letzten Endes Gebilde, die Einzelnen unterworfen und schließlich sogar anpassungsfähig sind, was u. a. die Unklarheit 1918/19 beweist. Nicht der Parlamentarismus — dessen Art und Bedeutung in dieser Zeit höchsten Bedenken wertvollsten bleiben soll — auch nicht eine Anzahl Berufspolitiker können als die entscheidenden Faktoren angesehen werden. Schon deshalb ist die Behauptung, daß ein einzelnes Versehen des letzten Robert Stresemann gleichbedeutend mit dem Sieg der kommunistischen Partei sei, unrichtig.

Was kann denn diese Partei — kurz gesagt: der Volkswortführer — dem Volke bieten? Nichts, das eine maßgebende Stellung herbeiführen vermag. Im Ausland hat sich der Volkswortführer bereits überlebt; dort herrscht eine, ganz dem kapitalistischen System anpassende Regierung, die, gestützt auf militärische Macht im Lande ihre Stellung aufrecht erhält und sowohl dem Industrieleuten, wie dem Kaufmann und Bauern das Recht der Privatwirtschaft zurückzugeben hat; allerdings mit dem wichtigen Unterschied, daß die Abgaben für den Staat, welcher infolge zu vieler Auswärtiger Einkünfte verbraucht, demartig hohe wurden, daß die Produktion so vollständig und der Export so gering geworden ist. Der „Volkswortführer“, der auch über Blut und Schwert hinaus, der also zunächst ständisch ist, alle Werte vernichtet hat mit einem wachsenden Ausmaß, d. h. reiner, hat nichts mehr zu bieten. Das weiß heute auch die Mehrzahl der deutschen Arbeiter. Wenn demnach die kommunistische Bewegung in Deutschland sich ausbreiten konnte, so lag dies einerseits an der Bevölkerung, die insbesondere in die politische und wirtschaftliche Lage der Welt geschämmt wurde, andererseits aber an der Passivität der meisten übrigen Deutschen.

Diese Passivität — oder wie man die unbestreitbare Unterwerfungsbereitschaft bezeichnen mag — liegt nicht lediglich auf ihnen, sondern auch auf anderen Verhältnissen. Erst alle Kommunisten, hauptsächlich die Führer, haben nun im kommenden Etage der „internationalen Bewegung“. Wenn man ihnen bewilligt, daß gerade die einst so viel gerühmte „Internationale“ am stärksten verrotte, schimpfen auch sie über dieses Räuberstück, verfallen aber zugleich in einen noch verhängnisvolleren Fehler, indem sie erklären: Wir meinen die Verdrängung mit der russischen Armee.

Der Jander, welcher von den Sowjettruppen ausgeht, ist bezeichnend. Die deutschen Genossen verwechseln allerdings hierbei, daß die russische Armee noch nicht einmal das kleine Polen bezwingen konnte und kaum andrückt, die Ruße in eigenen Reihen zu sichern; sie verweisen auch, daß diese Truppen — wenn ein Teil der deutschen „Gefühl“ ellen sollte — zunächst einmal unsere Mittelmeerländer anzuwandern müßten, daß im übrigen die Sowjetmacht an der Ostsee, insbesondere aber, daß die russischen „Machtmänner“, die „Bolschewiki“ alles verbraucht haben und froh wären, wenn sie bei uns alle Werte vorfinden, mit dem Einmarsch ihrer Truppen auch selbst kommen und in Deutschland lebende Polen beanspruchen würden. Die „Bolschewiken“ war noch nie eine Eigentum der Russen; im Gegenteil: er hatte viele Sandungen usw., was die Sowjetregierung mehrfach bewiesen hat. Der erste Schritt zur Hilfe wäre bereits der erste „Freundschaftsvertrag“, welche die deutschen Genossen den Führer bieten müßten. Und die Unterwerfung wichtiger Länder müßte folgen. („Eingebürgert“ haben sich in Deutschland schon viele russische „Bolschewiken“). Der deutsche Arbeiterkampf, wie überhaupt dem ganzen Volk würden dann Saboteure (benn Russen sind unbestreitbar ein Saboteur) als Helfer und Führer zugewiesen — ein Mißbrauch, der unter Meinungslosigkeit ebenso unbrauchbar wäre wie der ganze Volkswortführer selbst. Im übrigen ist die deutsche Arbeiterkraft keine Masse von Anarchisten, sondern ein Volk, das den eigenen Interessen die Weisheit ihrer russischen Genossen; vielmehr haben nur sehr wenige Staaten so intelligente Arbeiter aufzuweisen wie Deutschland.

Es ist daher geradezu eine Verleumdung der deutschen Arbeiter, wenn — im Falle eines Mißlingens der letzten Regierung — der Volkswortführer als eine Selbstverpflichtung bezeichnet wird, zwar hätte eine einmalige Verzweiflungsbewegung überbewiesene Taten hervorgerufen, aber damit ist noch lange nicht die Hilfe der kommunistischen Partei gegeben, denn zur Rettung benötigt man rettende Taten, und das erkennen die Arbeiter immer mehr. Und da das deutsche Volk nicht nur aus Parteien besteht, sondern unter dem Namen der „Schaffenden“ viele berufliche Männer besitzt, die allerdings parteipolitisch unaktiv sind, stehen dem deutschen Volk im Falle der höchsten Not ganz andere Wege offen, als die der Selbstverpflichtung und Unterwerfung.

## Neueste Nachrichten.

**Keine Einberufung des Reichstages.**  
Berlin, 13. Sept. Im Ausschuss des Reichstages sprach sich heute die Mehrheit der Parteien gegen eine sofortige Einberufung des Reichstages aus. Für eine Einberufung des Reichstages sprachen sich nur die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und der Kommunisten aus. Eine Einberufung des Reichstages ist demnach nicht vor den letzten Septembertagen zu erwarten. Ueber eine Einberufung des Reichstages, dessen Verhandlungen vor der Einberufung des Reichstages stattfinden sollten, werden erst nach Verhandlungen gesprochen.

**Reichsparteitag der Deutschnationalen.**  
T.-L. Berlin, 13. Sept. Der Reichsparteitag der Deutschnationalen Freiheitspartei findet vom 26. bis 28. Oktober in Kassel statt.

**Stellung des Reichstages.**  
T.-L. Berlin, 13. Sept. Das Nachrichtenamt des Reichstages Berlin teilt mit, daß Reichstagstagung des Reichstages u. Co. hat dem Oberbürgermeister Boch für die Zwecke der Kriegshilfe den Betrag von 25 Millionen in werbefähiger Form zur Verfügung gestellt.

**Lebensmittelmangel in Danzig.**  
T.-L. Danzig, 14. Sept. In Danzig kam es im Laufe des gestrigen Tages und am Abend zu schweren Ausfaltungen. Die Menge verfuhr ein Konfessionshaus zu plündern und das Rathaus zu zünden. Im Verlauf des Kampfes mit der Schutzpolizei, die von der Waffe Gebrauch machen mußte, wurden drei Personen getötet, vier leicht und vier schwer verletzt.

**Die Forderungen der bayerischen Demokratie.**  
T.-L. München, 13. Sept. Die deutsch-demokratische Landtagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung Stellung zu der derzeitigen Lage genommen. Die Fraktion erwartet, daß der Widerstand an Rhein und Ruhr bis zum Ausbruch untersteht und dadurch die Grundlage für die Befreiung von der französischen Besatzung geschaffen wird. Dieses Ziel zu erreichen und seine Erfüllung vorzubereiten, sei die Aufgabe der Reichspolitiker. Alle Dreieraktionen hiergegen müssen gebrandmarkt und unterbunden werden. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Fejgnor hat durch sein verfassungswidriges und unwürdiges Verhalten die Berechtigung vertritt, an der Spitze einer Landesregierung zu stehen. Wessiglich der neuen Reichsregierung ist die Fraktion einig darin, daß es nötig ist, die höchste Inanspruchnahme von allen Schichten der Bevölkerung zu verlangen. Das bezieht sich auf die letzte Steuererhebung, die die Bevölkerung zu tragen hat. Die Fraktion ist der Meinung, daß die Produktion und die Erzeugung der Arbeiterschaft auf allen Wirtschaftszweigen, eine wirksame Bekämpfung des Währungsverfalls und der ungeheuren Steigerung der notwendigen Lebensmittelpreise, ferner eine durchgreifende Bereinigung und Verbilligung der öffentlichen Einrichtungen in Reich und Staat.

**Die Lage in Japan.**  
T.-L. London, 14. Sept. Nach japanischen Blättern ist es dem Kabinett gelungen, sich durchzusetzen, und man hofft, daß das Vertrauen erlangt wird. Die Panen von Japan haben sich entschlossen,

alle Warenzufuhren mit den größtmöglichen Krediten zu unterstützen. Die Verteilung der Lebensmittel geht in befriedigender Weise vor sich.

**Militäraufstand in Spanien.**  
Paris, 13. Sept. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Nachricht aus Barcelona: Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anfragt, sie möge das Land dem Unruhestifter entgegen, und mitteilt, daß die Militärpartei beschloßen habe, die Regierung zu übernehmen und den Belagerungszustand zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telephonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig. Auch aus Madrid eingetroffenen Nachrichten ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

Berlin, 13. Sept. Aus Paris wird gemeldet: Der General Primo de Rivera hat die Macht an sich gerissen und den Gouverneur in der Provinz Barcelona abgesetzt. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Anderen Meinungen zufolge ist eine revolutionäre Bewegung gleichfalls in den Garnisonen Madrid, Saragossa und Sevilla ausgebrochen. In der Provinz Barcelona hat der General Primo de Rivera die Macht an sich gerissen und den Gouverneur abgesetzt. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Anderen Meinungen zufolge ist eine revolutionäre Bewegung gleichfalls in den Garnisonen Madrid, Saragossa und Sevilla ausgebrochen. In der Provinz Barcelona hat der General Primo de Rivera die Macht an sich gerissen und den Gouverneur abgesetzt. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt worden. Anderen Meinungen zufolge ist eine revolutionäre Bewegung gleichfalls in den Garnisonen Madrid, Saragossa und Sevilla ausgebrochen.

**Paris, 13. Sept.** Man versichert, daß die spanische Revolution nicht gegen den König gerichtet sei. Ueber die Bewegungen des Aufstandes war bisher bezeichnendweise noch nichts zu erfahren. Das Kabinett trat heute zusammen. Die spanische Regierung erklärte nach reiflicher Überlegung, daß sie den Boden, den ihr das Land anvertraut, verlassen werde und der Gewalt weichen werde. Die öffentliche Meinung sieht der militärischen Erhebung feindselig gegenüber.

**T.-L. Madrid, 13. Sept.** Die vom General Primo de Rivera inszenierte Erhebung der Garnisonen Barcelonsa umfaßt mehrere Regimenter. Andere Regimenter hatten sich zum mindesten neutral. Die Bewegung befruchtete sich auf Barcelona. In Madrid hat sich in der vergangenen Nacht ein Militärerrat gebildet, der energische Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung beschloß. Die Truppen hatten den Befehl erhalten, nach Barcelona in See zu gehen. In Madrid selbst ist alles ruhig. Die öffentliche Meinung sieht der militärischen Erhebung feindselig gegenüber.

(Anmerkung der Redaktion der T.-L.: Eine Anfrage bei der Berliner spanischen Botschaft ergab keine Bestätigung der bisherigen Meldungen über die Militäraufstände in Barcelona. Insbesondere wird darauf verwiesen, daß aus französischen Quellen stammenden Nachrichten ernst zu nehmen, da es sich wohl höchstens um grobe Übertreibungen handelt.)

## Politische Rundschau.

**Annahmemaßnahme des preussischen Landtags.**  
Nach der gestrigen Landtagssitzung begann mit dem Kommunitarismus. Der kommunistische Abgeordnete Dr. Meyer erklärte, seine Fraktion werde ihr Verlangen nach Einberufung ihrer Anträge in die Tagesordnung nicht aufgeben, und dabei am Beginn und Schluß jeder Sitzung fortzuharren, bis sie erfüllt sei. — Es folgte die Beratung der Vorlage über die Neuordnung der Bedingungen für die Anwärter für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen. (Einführung des numerus clausus.) Abg. Frau Lehmann (DnA) begründet die Vorlage. — Die Vorlage wird nach den Ausschussvorberathungen angenommen, dagegen stimmt lediglich der Abg. Grebe (Z).

Eine große Anzahl von Eingangsberichten wird hierauf nach den Ausschussberichten ohne Aussprache erledigt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung heute nachmittags 1 Uhr abzuhalten mit der ersten Sitzung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Finanzangebotsgesetz.  
Abg. v. Einbecker-Wilhelm (DnA): Wir beantragen, morgen einen Antrag an erster Stelle zu verhandeln, in dem es heißt: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung anzufragen, in wie weit die Landesregierung bereit ist, die Anwärter für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen, durch die die Unverschiedenheit des Staatsgebietes und die volle Souveränität des Staates in Frage gestellt wird. Wir sind dann durch das Ver-

gebnis der heutigen Sitzung im Ausschuss der Öffentlichkeit. Dori hat der Ministerpräsident erklärt, er sei nicht in der Lage, während der letzten Tagung des Landtages irgendwelche Erklärung über die politische Lage abzugeben (Nicht recht: Unrichtig), und er werde sich zu keiner Erklärung bereitstellen. Das steht in auffallendem und unvereinbarem Gegensatz zu dem, was der Staatssekretär Weismann gestern im Ausschuss erklärt hat, wonach der Ministerpräsident den Wunsch habe, eine solche Erklärung abzugeben. Niemand im Lande würde es verstehen, daß wir hier jetzt zusammen sind, und wieder auseinandergehen, nachdem wir einen Diktandumtag eingekommen haben. (Stimmliche Zustimmung.) Das Verhalten des Landtages wäre um so befremdlicher, als die Mehrheitspartei keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie der Annahmemaßnahme des preussischen Landtages zustimmen würde. Diese Unklarheit, die sogar auf einen Wunsch des Reichstages zurückgeführt wird, steht in unvereinbarem Gegensatz zur preussischen Verfassung. Wir stellen uns auf den Boden der Verfassung (große Unruhe bei der Mehrheit), verbinden Sie den Souveränität des preussischen Staates in seiner Schicksalsstunde, die Stimme zu erheben, so sprechen Sie auch den parlamentarischen Eifer an. Es scheint, als ob Sie das Recht des Volkes über die Volkswortführung und über Ihre Politik läßten. Damit geben Sie an, daß Sie sich in demselben Gegensatz zu dem Gedanken der Demokratie stellen. Gehen wir auseinander, ohne über die Schicksalsfrage Preußens zu sprechen, so stehen wir uns vor dem ganzen Lande lächerlich. Dann schicken Sie höchstens den Sozialistischen Arbeiterpartei und jagen den ganzen preussischen Landtag nach Hause, da er bloß unrichtige Arbeit leistet. (Vehementer Beifall rechts, Unruhe bei der Mehrheitspartei.)

Abg. Kay (Komm.): Nach dem Beschluß des Reichstages darf aber Politik im preussischen Parlament nicht gerade werden.  
Abg. Seilmann (Soz.): Der Reichstagsrat hat die Zeit für eine öffentliche Aussprache nicht geeignet (großer andauernder Lärm rechts und links). Ein Parlament muß zu rechter Zeit zu reden und zu rechter Zeit zu schweigen verstehen. (Zurückgehender Widerspruch auf der rechten und auf der linken Bank.)  
Abg. Dr. v. Campe (D. V.): Wir legen die Anträge aus rein sachlichen Gründen ab. Ein Gesuchsantrag wird angenommen. Persönlich vertritt sich Abg. v. Einbecker dagegen, daß er als Führer von Demokratie und Parlamentarismus aufzutreten sei; er habe nur die Vertreter des demokratischen Gedankens erlitten, sich die Folgen ihrer Handlungsbereitschaft zu überlegen.

Der Antrag Einbecker wird gegen Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt. (Stimmliche Mehrheit (1) bei der Mehrheit.)  
Abg. Schlang (DnA) beantragt, folgenden Antrag seiner Partei morgen auf die Tagesordnung zu setzen: Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu erfragen, sofort Maßnahmen zu treffen, um die durch den Zusammenbruch der deutschen Währung auf das schwerste gefährdete Volkswirtschaft zu sichern. (Lachen und Zurufe links.) Der Redner erklärt weiter: Der Abg. Seilmann hat sich gegen eine politische Aussprache hier ausgesprochen. Es handelt sich aber gegenwärtig um das Schicksal des ganzen Volkes; da darf das Parlament sich nicht selbst anhalten, sonst hat es seine Unverschiedenheit erwiehen. Wir werden unbestimmter ansetzte Stimme erheben, wenn wir wollen nicht misslingen werden an einer zweiten Kapitulation. (Große Unruhe bei den Sozialistenpartei.) Wir erwarten von der Deutschen Volkspartei Unterstützung, sonst wird es sich die Partei selbst auszusprechen haben, wenn man nachher im Volke sagt: Das ist Verrotten der deutschen Volkspartei. (Stimmliche Unruhe bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Dr. Calle (D. V.): Der Beschluß der Mehrheit beweist, daß der Parlamentarismus wenigstens so verhandelt werden im Parlament gefordert hat, die in diesem Augenblick vaterländischer Noth auch einmal schweigen können. (Stimmliche Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Man muß alle Achtung haben vor den Leuten, die sich in dieser Stunde, der kurz vor der, die wir seit Jahrzehnten erleben haben, an die Spitze stellen. Wir haben alles an der Regierung. Wir jetzt, wo es alles ankommt, parteipolitische aber andere Dinge an, nicht gegen mich, besetzt eine Stunde am Vaterland. (Stimmliche, muntere, erregte Proteste bei den Deutschnationalen. Große Unruhe im ganzen Hause.)

Der Antrag Schlang über die Ernennung wird gegen die Deutschnationalen abgelehnt.  
Am die Nacht des Reichstages.  
Der Reichstagspräsident hat an den Reichstagspräsidenten eine Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Der Reichstagspräsident, bezw. das derzeitige Kabinett geben dem Reichstag der Reichsversammlung eine Anweisung, die mir geradezu als eine Vergewaltigung der Verfassung erscheint. Die Ausrückung der Artikel 115, 117 und namentlich des Artikels 133 zum Zwecke der Verfassungserweiterung ist, auch wenn sie vorübergehend von Bestand sein soll, in ihrer Wirkung eine absolut dauernde Maßnahme und darum Verfassungswidrig.“  
Der Reichstagspräsident hat an den Reichstagspräsidenten eine Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Der Reichstagspräsident, bezw. das derzeitige Kabinett geben dem Reichstag der Reichsversammlung eine Anweisung, die mir geradezu als eine Vergewaltigung der Verfassung erscheint. Die Ausrückung der Artikel 115, 117 und namentlich des Artikels 133 zum Zwecke der Verfassungserweiterung ist, auch wenn sie vorübergehend von Bestand sein soll, in ihrer Wirkung eine absolut dauernde Maßnahme und darum Verfassungswidrig.“





Verammlung der Gemeindevorsteher.

L. Oldenburg, 12. Sept. Der Verband der Landgemeinden hatte für heute eine Tagung der Gemeindevorsteher nach der „Union“ einberufen...

Die Besetzung der Finanzämter der Gemeinden eingetreten. Man führte lebhaft Klage darüber, daß die Gemeinden so verpariert die von den Finanzämtern erforderten Steuern zugestimmt werden...

Obst. Oberregierungsrat Tappenbeck: Der Finanzminister ist leider verhindert, persönlich zu erscheinen. Er hat aber schriftlich seine Bezug der Regierung Ansticht über die finanzielle Befindlichkeit der Gemeinden niedergelegt.

Gemeindevorsteher Raffalt-Appen: Die Gemeinden stehen zum Teil vor dem Bankrott, einige sind schon bankrott. Es muß eine gründliche Beordnung erfolgen.

Minister Weber: Die Schwierigkeit liegt außerhalb Oldenburgs. Die Steuern gehen zunächst ins Reich. Dazu läuft der Dollar schneller als die Währungsnoten.

Der Vorsitzende empfiehlt Haushaltskürzungen, und der Minister erklärt, daß solche getroffen werden können. Gemeindevorsteher Lamben-Abelhausen: Es muß den Steuerabhängigen mitgeteilt werden, weshalb Steuern nie zahlen sollen.

Gemeindevorsteher Raffalt-Appen bemängelt die überflüssige Durchführung der neuen, brutalen Steuern. Die Gemeinden müßten das Aufsichtsrecht auf die Einkommensteuer wieder erhalten.

Minister Weber ist in der Lage, eine Zeitsungsnachricht vom achtigen Tage zu verlesen, nach der die Reichsregierung dieses in Aussicht stellt. Die Gemeinden sollten ihre Steuerquellen selbst ausnützen.

Obst. Oberregierungsrat Tappenbeck: Das Steuerrecht ist das Fundament der Verwaltung. Weber verliest die folgende Erklärung des Finanzministers Stein:

„Das Finanzministerium verfolgt seit längerer Zeit mit Sorge die Entwicklung der Finanzen der ostpreussischen Gemeinden und ihre Rückwirkung auf die Staatsfinanzen.“

Da nach dem Kriege infolge der Reichseinkommensteuer-Verschärfung die finanzielle Lage der Gemeinden, insbesondere der Landgemeinden, sich stetig zu entwickeln föhien, hat die Landesregierung über die Gemeindebesteuerung sich zunächst zurückgehalten...

Da nach dem Kriege infolge der Reichseinkommensteuer-Verschärfung die finanzielle Lage der Gemeinden, insbesondere der Landgemeinden, sich stetig zu entwickeln föhien, hat die Landesregierung über die Gemeindebesteuerung sich zunächst zurückgehalten...

Die Landesregierung hat dieser Notlage auch weiterhin nicht hintzünftig Rechnung getragen. Die Fassung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz, die von dem vorigen Landtag in seiner letzten Tagung beschlossen wurde (Gesetz vom 12. Juni 1923), entsprach den Bedürfnissen der Gemeinden bei weitem nicht.

Man hat freilich die Reichsfinanzverwaltung sich bereit gefunden, den Gemeinden vorübergehend durch sog. Quibationsdarlehen zu helfen. Diese Darlehen werden aber nur in begrenztem Umfang angesetzt.

Die dafür geforderten Bedingungen sind immer härter geworden, und es ist damit zu rechnen, daß diese Darlehen in absehbarer Zeit völlig verfliehn werden. Es ist daher dringend notwendig, daß die Landesregierung sich bereit findet, die Gemeindebesteuerung neu zu ordnen.

Es ist anzunehmen, daß diese Umlage den Gemeinden erträglich wird, ihre laufenden Bedürfnisse mit Einkünften der Verschaffung der Wintererträge für den Gemeinde- und Schulbedarf, namentlich auch an Brennstoffen, für einige Monate zu decken.

Sache der Staatsregierung muß es dann sein, in neuem Vernehmen mit dem Landtage zu erreichen, daß die Gemeinden in den Stand gesetzt werden, auch den nächsten Jahresbedarf durch weitere Umlagen auszugleichen.

Sowohl neben den laufenden Verwaltungsaufgaben der Gemeinden und Schulen noch besondere Aufgaben zu erfüllen sind, insbesondere soweit sich Beschaffungen erforderlich erweisen, um für bestimmte Kreise der Bevölkerung den Bedarf an Lebensmitteln und Kleidungsstücken rechtzeitig einzudecken, wird auch in Zukunft noch die vorübergehende Zuzugnahme von Kredit sich nicht vermeiden lassen.

Die Umlage kann man sich in den meisten Punkten einvernehmen erklären, einige fordern aber zum Widerspruch auf. Man solle nicht den produzierenden kleinen Landwirt durch Steuern erwürgen, sondern die Produktion zu heben suchen.

Gemeindevorsteher Danemann ist auch für freies Zinsfußdarlehen, aber zuerst müsse es für Einkommensteuer wiedererleben.

Gemeinrat Tappenbeck stimmt zu. Wo die Bedürfnisse es erfordern, solle man sofort die ganze Steuer heben, andererseits die Zinsesziffer in Anwendung bringen. Er hat Vertrauen zu den Gemeindevorständen, daß sie eine Minderheit nicht vergemäßen, sonst müßten bessere Gemeindevertretungen gewählt werden.

Gemeindevorsteher Danemann hat nicht verstanden, daß es richtig sein könne, sofort alle Steuern zu heben. Ihm scheint es richtiger, zunächst 50 Prozent zu heben und später die Hälfte und die etwaigen Ueberflüsse wiederhändig anzulegen.

Gemeindevorsteher Büding-Versen ist in Uebereinstimmung mit seinem Gemeindevorstand der Meinung, daß in zwei Raten die Steuern zu heben sind.

Gemeindevorsteher Raffalt tritt für sofortige Belegung der ganzen Steuer und werblichändige Anlage ein. Im Reich hätte die Landwirte Geld.

Der Vorsitzende erachtet es als den besten Weg, wenn die Finanzämter der Gemeinden große Summen überweisen.

Gemeindevorsteher Danemann weicht nicht, wie die werblichändige Anlage gegeben soll. In Wardenburg ist eine Steuer von 5 Pfund Roggen pro Hektar fiktiviertes Land und von 4 Pfund für ein Hektar unfruchtbares Land beschlossen und als allgemein richtig anerkannt worden.

hat jeder im Verhältnis Vorz zu uezern. (Aufsichtliches Wardenburg.) Das geht natürlich nur in Gemeinden mit Moorländern. Vorkursföhtig wird die Zahl der Erwerbslosen eine große, es muß für Arbeit geforgt werden. Die Arbeitslosen müßten den Privaten zur Beschäftigung überwiezen werden. Die Regierung ist zu bitten, dafür zu bestimmen. Der Vorsitzende befragt, daß die Arbeitslosen jede Arbeit annehmen brauchen.

Gemeindevorsteher Tappenbeck: Das müßten die Gemeindevorsteher Raffalt kommt auf die Beurlaubungsfrage zu sprechen, die so viele Gemeinden beschäftigt hat.

Obst. Oberregierungsrat Tappenbeck: Wenn diese Angelegenheit beim Reichstag liegen sollte, werden die Gemeinden die Beurlaubungsbedingungen beschließen haben, höhere Zuschüsse erhalten als die anderen.

Damit ist die Anstache über die finanzielle Notlage der Gemeinden erledigt.

Schulangelegenheiten. Die Steuerungsbeschaffung für die Schulen macht den Gemeinden ausnahmlos schwere Sorge, man über ist es geradezu ein Rätsel, wie sie die Klassen im kommenden Winter setzen soll. Der Minister hat an das Reichsministerium, dessen Vorhändler Gemeinrat Tappenbeck ist, eine Eingabe gemacht, in der die Verklärung der Verhältnisse um vier Tage und eine Verlängerung der Beurlaubungsfrist vorgeschlagen wird.

Gemeinrat Tappenbeck kann sich dafür nicht erörtern und ist der Ansicht, daß bei anstehendem Frostwetter die Schulen zu schließen seien.

Es erfolgt eine längere Aussprache, die in das Gelingen des Gemeindevorsteher Danemann auslief, keine Beordnung ergeben, sondern es den einzelnen Gemeinden zu überlassen, wie sie es damit halten wollen.

Es folgte dann noch ein Vortrag des Geschäftsführers Schmittger über den Rostenfall. Redner erklärte das Zustandekommen des Planes, die Entlohnung und den Stand der Arbeiten und den vorzuschlagenden Raten des Kanals. Er müsse Anstreichungen für 800-Tonnen-Mengen haben. Man sollte sich bis 1925 bis 450-Tonnen fertig stellen zu können.

Redner schenke einseitigen Zornes werde der Kanal eine Reihe anderer Aufgaben erfüllen, u. a. die Möglichkeit schaffen, 70000 Hektar Moorland bebauen zu können. Man wolle sich nicht verweisen zur Behebung der Ueberflutungen, die alljährlich das weßliche Ammerland und Teile des Alt-Riesings so verheerend heimsuchen. Es kommen dafür 20000 Hektar Land in Betracht.

Gemeindevorsteher Raffalt-Appen ist darüber erfreut und versichert, daß die von der Ueberflutungen betroffenen Einwohner des Ammerlandes ihre Hoffnungen auf den Canal setzen. Nur einigen Forderungen habe die Regierung erklärt, der Plan einer Abklärung der Mithstände sei fest und fertig, man habe oder nicht wieder davon gehört.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die Versammlung fand um 2 Uhr nachmittags ein Ende.

Ämtliche Anzeigen.

Unter dem Viehstande folgender Vieh ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen: 1. W. Jänken, Gengwarden, Weide Weddwarden, Weh.

2. Franz Bohle, Seebeid bei Sande, 3. Joh. Hieris, Wilms, 4. Gerh. Antons, Gellendeb., 5. Fr. Harms, Steinbaum, Weide Weddwarden, 6. Fr. Harms, Rangenwerth, 7. Georg Schipper, Rangenwerth, 8. Reich. Harms, Rangenwerth, 9. Joh. Conrad, Gellendeb., Weide Baxfel, 10. Hans Wiestla, Gellendeb., Weide Baxfel, Weh, 11. Hm. Franz, Gellendeb., Weide Baxfel, Weh, 12. J. Sillens, Neu-Strüßhausen, 13. Edo. Billms, Rangenwerth, 14. Ludvig, Sillendeb., 15. Johann Wrens, Sillendeb., 16. Randw. Billms, Weddwarden.

Maßnahmen die Seuche sich im Ante fast ausgebreitet hat, wird für diese, sowie für alle noch nicht erloschenen Seuchenfälle folgendes angedeutet: Für jeden Seuchenfalle bildet das Sprachericht nur die Seuchenmelde und den Beobachtungsgebiet die unmittelbar angrenzenden Weiden.

Sever, den 13. September 1923. Amt Sever. V. M.: Jänken, Regierungsoberlektor.

Die Wertpapiersätze im Copienstift betragen ab 12. September 1923 für Einbeinige: 1. Ralte . . . . . 12000000 Mark, 2. Ralte . . . . . 9000000 Mark, 3. Ralte . . . . . 6000000 Mark.

Sever, den 13. September 1923. Amtsoverstand des Amtsverbandes Sever. V. M.: Jänken, Reg.-Oberlektor.

Die zuletzt am 7. Septbr. 1923 ermittelten Spottpreise werden mit Wirkung vom 17. September 1923 wie folgt festgesetzt: 1. a) Schwarzbrot im Gewicht von 7 Pf. 3700000 Mark, b) Schwarzbrot (geschmitten) für das Pf. 600000 Mark, 2. a) Graubrot im Gewicht von 2 Pfund 1200000 Mark, b) Graubrot im Gewicht von 2 1/2 Pfund 2100000 Mark.

Die dieser Festsetzung zu Grunde liegende Berechnung liegt während der Identifizierung in der Amtsregistratur zur Einsicht aus. Sever, den 14. September 1923. Amtsoverstand des Amtsverbandes Sever. V. M.: Jänken, Regierungsoberlektor.

Der Vorstand macht namens der Geschworenen bekannt, daß die föhlichen Zug- und Schatzarbeiten bis zum 15. Oktober d. Js. gründlich aufzuräumen sind. Sever, den 12. September 1923. Vorstand der Wangerländischen Gieloch. V. M.: Jänken, Reg.-Oberlektor.

Unter den Schweinen des Hch Levy, Schlosserstraße, ist die Schweinepest ausgebrochen. Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen unter dem Viehstande des: 1. Joseph, Warden, Weide Elabbenmoor, 2. W. Ralte, Sever, Weide Hill, Gamm, 3. W. Joseph, Sever, Weide Hill, Gamm.

Die Spermaabnahmen werden ausgegeben. Sever, den 12. September 1923. Stadtmagistrat Sever.

Vermitlichte Anzeigen.

Maulwurffelle. Anan. Alts. Frische und alle anderen Best-Verien in großen und kleinen Posten zu höchsten Tagespreisen zu kaufen gesucht. Sandler Vorzugspreise. Pelz-Mode-Haus Rudolf von Jindelt. Wilhelmshaven. Gellendeb. 66. - Retur 608.

Achtung! Achtung! Zu der in den nächsten Tagen stattfindenden größeren Auktion können noch Sachen zugestraft werden.

Anmeldungen baldmöglichst, erbsen im „Grünen Jäger“, hier, sowie Mühlentstr. 53. von Dullen jun., Aukt.

Schützenhof Sever. Sonntag, den 16. September. 1923. Es ladet freundlich ein Hermann Wredestr.

Tanzkränzchen. Es ladet freundlich ein Hermann Wredestr.

Bahnhofshalle Sever. Jeden Sonntag Tanz. Sonnabend, den 22. September. Großes Sportfest des Radfahrervereins „Einigkeit“.

Interverein. Sonntag 2 Uhr Schilling. 2 Uhr Jeger I. u. II. Serren und I. Jugend gegen B. J. Oldenburg. Sportklub Sever.

Schlachtvieh. jeder Art laukt Julius Levy, Jeger i. Oldb., Schloßerstraße 25. Wenn Viehschlachtungen nötig, komme sofort. 1128.

Tapeten. in den schönsten und neuesten Mustern. - Man verlange kostenfrei Musterbuch Nr. 223. Gebr. Hepler, Wardenburg.

Fischer-Verein Soosfeld. Verammlung. Sonntag, den 16. Sept. 4 Uhr, bei Armer. Der Vorstand. 4547.

Heidmühle. Es ladet fhd. ein G. Schütt. Die glückliche Geburt eines zeigen hocherfreut Carl Jahn und Frau, Schortens. 9551.

Ihre Vermählung geben bekannt: Emil Polters und Frau Marie geb. Wagen. Weddwarden, Sept. 1923. Göttergötter werden herzlich für die zahlreichen Aufmerksamkeiten. 9563.

Vereinigung der Gemäßigten Chöre Schortens. Allen Mitglieder hierdurch die herzlichsten Mitteilungen, daß heute morgen 4 Uhr unsere Ganeschweiler Frau Clara Rind im Willehms-Hospital zu Wilhelmshaven verstorben ist.

Die Vereinigung verzehrt hierdurch ein trauriges, freudiges Mitgefühl, dessen An denken sie stets in Ehren halten wird. Am Sonnabend, dem 15. September, 8 Uhr abends, Versammlung der Vereinigung bei Göttergötter in Seelballe. Wohlwollendes Gedenken der Mitglieder ist erforderlich. Der Vorstand, Borgermann.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Meine Verlobung mit Heinrich Schmidt gebe ich hiermit bekannt. Dstar Jarih. Bremer, Sept. 1923.

Die Verlobung unserer Tochter Ertriede mit dem Bankbeamten Herrn Dstar Jarih beehren wir uns anzugeben. Friedrich Schmidt und Frau geb. Laarmann. Jeger, Sept. 1923.

Geht auf sofort ein Haushälterin, die auch kochen kann, ist kleinen Haushalt. Eingelote unter 9567 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbsen.

Geht auf sofort ein junger Mann mit vollem Kammermännchen. Näheres bei Göttergötter Meenen, Sever. 9559.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Seute morgen 4 Uhr entschließ laukt u. rubig unsere liebe Mutter, geb. Wägen- und Großmutter, die We. d. Landhändlerin Gerh. Jahn und Frau Maria Hinrichs geb. Christoffers im 75. Lebensjahre. Die trauernden Angehörigen. Armmshorn, Soramer, H. Ucum, Sever, Wilhelmshaven. Sonnabend, 13. 9. 23. Beerdigung Dienstag, nachm. 3 Uhr in Wilhelmshaven.

Wüstringer Maschinenfabrik H. Mangels Heidmühle i. Oldb. Reparaturwerkstatt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller Art. Molkerei-, Sägerei-, Mühlen- u. Ziegeleimaschinen, Dampfessel und Dampfmaschinen-Anlagen. Neubau von Maschinen und Geräten für alle gewerblichen u. industriellen Betriebe. Feldbahnen, Mulden- u. Kastenkipper, Toriwagen, Motorlokomotiven usw. Ausführung schnell und preiswert nach langjährigen Erfahrungen.